

Bündnis „Ernährungswende in Frankfurt“

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2026

Antworten der FDP Frankfurt am Main

Maßnahmen für den Erhalt und die Stärkung der Bio-regionalen Wertschöpfungsketten und der Ernährungssouveränität

Fragen:

1. Wie möchte Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode konkret dazu beitragen, den Anteil an regional erzeugten Bio-Produkten in der Frankfurter Gemeinschaftsverpflegung zu erhöhen und regionale Wertschöpfungsketten zu stärken – mit Blick auf Gesundheit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit in Krisenzeiten?
2. Wie kann die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel voran gehen und für gesunde, bioregionale Versorgung der Mitarbeitenden sorgen?
3. Wird ihre Partei die Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel und die Ausweitung der teilnehmenden gastronomischen Betriebe unterstützen?
4. Werden Sie in ihrer Amtszeit das Foodtura Festival und andere niedrigschwellige B2B und B2C Formate zur Förderung von bio-regionaler Ernährung unterstützen?

1. Die FDP Frankfurt setzt auf Anreize, Transparenz und Partnerschaften statt starrer Quoten. In der nächsten Amtsperiode wollen wir:

- Vergabeverfahren pragmatisch weiterentwickeln, indem regionale und bio-zertifizierte Produkte bei gleicher Wirtschaftlichkeit stärker berücksichtigt werden – ohne mittelständische Anbieter durch Bürokratie auszuschließen.
- Pilotprojekte in Kitas, Schulen und Kliniken unterstützen, die zeigen, wie bioregionale Beschaffung wirtschaftlich, gesund und zuverlässig umgesetzt werden kann.

2. Als Arbeitgeberin mit über 17.000 Beschäftigten kann die Stadt Frankfurt Vorbild sein. Die FDP Frankfurt befürwortet:

- Freiwillige Angebote für gesunde, bioregionale Verpflegung in Kantinen und Betriebsrestaurants, ergänzt durch transparente Herkunfts- und Nährwertinformationen.
- Wettbewerb und Vielfalt bei Kantinenkonzepten, statt Einheitslösungen – unterschiedliche Ernährungsbedürfnisse und Preissensibilität müssen berücksichtigt werden.

3. Die FDP Frankfurt unterstützt die Zertifizierung Frankfurts als nachhaltiges Reiseziel, sofern sie:

- wirtschaftsverträglich, freiwillig und praxisnah ausgestaltet ist,
- keine zusätzliche Bürokratielast für gastronomische Betriebe schafft,
- und echte Mehrwerte für Tourismus, Stadtmarketing und Betriebe bietet.

Eine Ausweitung der teilnehmenden gastronomischen Betriebe sehen wir positiv, wenn sie auf Anreize, Sichtbarkeit und Beratung statt auf Verpflichtungen setzt. Nachhaltigkeit kann so zum Standortvorteil für Frankfurt werden – auch im internationalen Wettbewerb.

4. Ja. Die FDP Frankfurt spricht sich für die Unterstützung des Foodtura Festivals sowie weiterer niedrigschwelliger B2B- und B2C-Formate aus, die:

- Wissen über bioregionale Ernährung vermitteln,
- Vernetzung zwischen Erzeugern, Handel, Gastronomie und Verbrauchern fördern,
- Innovationen, Start-ups und neue Geschäftsmodelle sichtbar machen.

Solche Formate leisten einen wichtigen Beitrag zu Bewusstseinsbildung, Markttransparenz und wirtschaftlicher Entwicklung – ohne staatliche Bevormundung. Die Unterstützung soll zielgerichtet, projektbezogen und evaluiert erfolgen.

Verbesserung der städtischen Schul- und Kitaverpflegung und Unterstützung durch strategische Ausschreibungen

Fragen:

1. Wie werden Sie sich für Maßnahmen einsetzen, mit denen das bestehende System europaweiter Neuausschreibungen im Sinne der ökologischen, pädagogischen, sozialen und regionalwirtschaftlichen Ziele verbessert werden kann?
2. Wie könnte für Sie ein niedrighschwelliger Einstieg in die Selbstverwaltung über ein Pilotprojekt mit mehreren Schulen aussehen?
3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem Mittagessen in Schulen im Rahmen des zukünftigen Ganztagesangebots einen qualitativ und zeitlich guten Rahmen zu geben?
4. Welche Möglichkeiten sehen Sie über städtische Kitas ein Pilotprojekt zu gesunder Ernährung mit den vom Bund geforderten 30% Bioanteil umzusetzen?

1. Die FDP Frankfurt sieht Reformbedarf bei europaweiten Ausschreibungen, ohne die Grundprinzipien von Wettbewerb, Transparenz und Wirtschaftlichkeit infrage zu stellen. Wir setzen uns ein für:

- Qualitative Zuschlagskriterien, die über den reinen Preis hinausgehen, etwa pädagogische Konzepte, Frische, Regionalität, Nachhaltigkeitsstandards oder soziale Kriterien – rechtssicher und diskriminierungsfrei.
- Regelmäßige Evaluation der Vergabep Praxis, um Fehlanreize zu vermeiden und Qualität langfristig zu sichern.

2. Die FDP Frankfurt befürwortet einen schrittweisen, freiwilligen Einstieg in mehr Selbstverwaltung, insbesondere bei der Organisation der Schulverpflegung. Ein Pilotprojekt könnte so aussehen:

- Teilnahme interessierter Schulen auf freiwilliger Basis, mit unterschiedlichen Schulformen und Sozialräumen.
- Begrenzte Entscheidungsspielräume, z. B. bei der Auswahl von Anbietern, Menügestaltung oder Ergänzungsangeboten – innerhalb klarer Qualitäts- und Budgetrahmen.
- Unterstützende Begleitung durch die Stadt, etwa bei Vergabe, rechtlichen Fragen und Qualitätssicherung.
- Transparente Evaluation, um Aufwand, Akzeptanz, Qualität und Kosten realistisch bewerten zu können.

Ziel ist es, Verantwortung vor Ort zu stärken, ohne Schulen zu überfordern.

3. Mit dem Ausbau des Ganztags wird das Mittagessen ein zentraler Bestandteil des Schulalltags. Die FDP Frankfurt setzt sich ein für:

- Qualitätsstandards bei Speisen und Abläufen, etwa Frische, Geschmack, altersgerechte Portionsgrößen und Rücksicht auf unterschiedliche Ernährungsbedürfnisse.
- Flexible Organisationsmodelle, z. B. gestaffelte Essenszeiten oder unterschiedliche Verpflegungskonzepte je nach Schulgröße und Infrastruktur.
- Einbindung der Schulgemeinschaft, insbesondere von Schülern und Eltern, um Akzeptanz und Wertschätzung zu erhöhen.

- Berücksichtigung von Lebensmittelunverträglichkeiten und Autoimmunerkrankungen (Zöliakie)

4. Die FDP Frankfurt sieht Pilotprojekte als geeigneten Weg, um den vom Bund geforderten Bioanteil praxisnah zu erproben. Möglich wäre:

- Auswahl geeigneter städtischer Kitas, die strukturell und personell gute Voraussetzungen mitbringen und an solchen Projekten teilnehmen möchten.
- Flexible Umsetzung des Bioanteils, etwa über bestimmte Produktgruppen (z. B. Obst, Gemüse, Milchprodukte) statt pauschaler Vorgaben.
- Kosten- und Wirtschaftlichkeitsmonitoring, um Belastungen für Träger und Eltern transparent zu halten.
- Begleitende Ernährungsbildung, die Kinder altersgerecht an gesunde Ernährung heranführt.

EU-Verbot von Einwegverpackungen und Maßnahmen auf kommunaler Ebene zur Abfall-vermeidung

Fragen:

1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Einwegverpackungen bzw. Einweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen zu reduzieren?
2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um zum Überleben der Unverpacktläden als Leuchtturm-konzepte für die angestrebten Zero-Wast-Ziele zu sichern?
3. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Durchsetzung des Einwegplankverbots und der Mehrwegangebotspflicht zu ermöglichen?
4. Wie soll das Mehrwegsystem der FES Frankfurt weitergeführt werden?
5. Sind ähnliche Initiativen zur Förderung der Verringerung von Verpackungsmüll geplant?
6. Wie lassen sich regionale Kooperationen, die Effizienz und die Reichweite verbessern?

1. Die FDP Frankfurt setzt auf klare Regeln, praktikable Mehrwegalternativen und Unterstützung statt Verbote. Konkret schlagen wir vor:

- Mehrweg als Standard bei städtischen Veranstaltungen etablieren, wo es organisatorisch sinnvoll ist.
- Vereinfachte Genehmigungs- und Logistikprozesse für Veranstalter, etwa durch zentrale Mehrwegangebote oder Rahmenverträge.

Ziel ist eine spürbare Reduktion von Abfall, ohne Vereine, Initiativen oder kleinere Veranstalter zu überfordern.

2. Unverpacktläden leisten einen wichtigen Beitrag zur Abfallvermeidung, stehen aber wirtschaftlich unter Druck. Die FDP Frankfurt sieht ihre Rolle vor allem als Innovations- und Vorbildprojekte und setzt sich ein für:

- Abbau bürokratischer Hürden, insbesondere bei Hygiene-, Dokumentations- und Kennzeichnungspflichten, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten.
- Einbindung in städtische Kommunikations- und Bildungsangebote, um Sichtbarkeit und Nachfrage zu erhöhen.

Langfristig müssen sich diese Konzepte am Markt tragen – die Stadt kann dafür bessere Rahmenbedingungen schaffen, aber keine Subventionen.

3. Die FDP Frankfurt steht zur Umsetzung geltenden Rechts. Entscheidend ist dabei eine pragmatische und rechtssichere Vollzugspraxis:

- Klare Information und Beratung für Betriebe, insbesondere kleine Gastronomiebetriebe, um Unsicherheiten zu vermeiden.
- Verhältnismäßige Kontrollen, mit Augenmaß und Schwerpunkt auf Aufklärung statt sofortiger Sanktionierung.
- Digitale Informationsangebote zu Pflichten, Ausnahmen und praktikablen Mehrweglösungen.

Rechtsdurchsetzung gelingt nur, wenn sie verständlich, fair und umsetzbar ist.

4. Das Mehrwegsystem der FES Frankfurt ist ein wichtiger Baustein kommunaler Abfallvermeidung. Die FDP Frankfurt befürwortet:

- Weiterentwicklung und Ausweitung dort, wo Nachfrage und Logistik es rechtfertigen.
- Kooperationen mit Gastronomie, Veranstaltern und Nachbarkommunen, um Skaleneffekte zu nutzen.
- Wirtschaftliche und ökologische Evaluation, um Kosten, Nutzen und Akzeptanz regelmäßig zu überprüfen.

5. Ja. Die FDP Frankfurt sieht zusätzliche Potenziale, etwa durch:

- Innovationsförderung für neue Mehrweg- und Refill-Konzepte, auch in Zusammenarbeit mit Start-ups.
- Informations- und Sensibilisierungskampagnen, die auf Eigenverantwortung und Verbraucherentscheidung setzen.

6. Zur Steigerung von Effizienz und Reichweite setzt die FDP Frankfurt auf:

- Interkommunale Zusammenarbeit im Rhein-Main-Gebiet, insbesondere bei Mehrweg- und Rücknahmesystemen.
- Standardisierung von Systemen, um Insellösungen zu vermeiden.
- Einbindung privater Anbieter, um Wettbewerb, Innovation und Wirtschaftlichkeit zu sichern.

Lebensmittelverschwendung

Fragen:

1. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Verschwendung in der Außerhausverp9egung zu erfassen und zu reduzieren?
2. Würden Sie ein verbindliches Monitoring von Lebensmi?elabfällen in kommunalen Ein-richtungen (z. B. Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Kan nen) einführen?
3. Ab wann würden Sie dieses einführen?
4. Planen Sie Koopera onen mit Lebensmi?elre?ungsini a ven strukturell zu unterstützen oder auszubauen?
5. Wie sehen diese Koopera onen aus?
6. Welche quan ta ven Reduk onsziele (z. B. in Prozent) setzt sich Frankfurt für die Außer-Haus Verp9egung bis 2030?
7. Wie soll die Zielerreichung überprü" werden?
8. Wie kann das Engagement gegen Lebensmi?elverschwendung in der Außerhausverp9egung in die Zero-Waste-Strategie der Stadt Frankfurt integriert und Mnanziell abgesichert?

1. Die FDP Frankfurt setzt auf Transparenz, Digitalisierung und Eigenverantwortung. Konkret wollen wir:

- Freiwillige Erfassungs- und Analyseinstrumente für Betriebe und kommunale Einrichtungen fördern, z. B. digitale Tools zur Messung von Lebensmittelabfällen.
- Best-Practice-Projekte sichtbar machen und verbreiten, um wirtschaftliche Einsparpotenziale aufzuzeigen.
- Schulungen und Beratungsangebote für Küchenleitungen und Caterer unterstützen, insbesondere zu Portionsplanung und Menügestaltung.

2. Ein pauschal verpflichtendes Monitoring lehnt die FDP Frankfurt ab. Stattdessen befürworten wir:

- Pilotprojekte mit ausgewählten kommunalen Einrichtungen, um Aufwand, Nutzen und Aussagekraft eines Monitorings realistisch zu bewerten.
- Standardisierte, einfache Erfassungsmethoden, die den Verwaltungsaufwand geringhalten.

3. Ein Pilot-Monitoring kann kurzfristig in der kommenden Wahlperiode starten. Eine mögliche Ausweitung sollte erst nach Evaluation der Pilotphase erfolgen – evidenzbasiert und ohne Vorfestlegung.

4. Ja. Die FDP Frankfurt spricht sich für eine strukturierte, rechtssichere Zusammenarbeit mit Lebensmittelrettungsinitiativen aus, ohne diese zu verstaatlichen oder überzuregulieren.

5. Kooperationen können u. a. beinhalten:

- Vermittlungs- und Koordinationsstrukturen zwischen kommunalen Einrichtungen, Gastronomie und Initiativen.
- Rechtliche Klarheit, insbesondere bei Haftungsfragen.
- Logistische Unterstützung im Rahmen bestehender Strukturen, etwa durch Nutzung vorhandener Infrastruktur.

6. Die FDP Frankfurt steht pauschalen Prozentzielen ohne belastbare Datengrundlage kritisch gegenüber. Wir setzen uns ein für:

- realistische, sektorspezifische Orientierungsziele, die auf tatsächlichen Erhebungen basieren.
- Schrittweise Zieldefinition, sobald verlässliche Daten aus Pilotprojekten vorliegen.

7. Die Zielerreichung kann erfolgen durch:

- regelmäßige, transparente Berichterstattung auf Basis der erhobenen Daten,
- Vergleich von Vorher-/Nachher-Werten in teilnehmenden Einrichtungen,
- Einbindung externer Expertise, etwa aus Wissenschaft oder Praxis.

8. Das Engagement gegen Lebensmittelverschwendung kann als eigenständiger, messbarer Baustein in die Zero-Waste-Strategie integriert werden. Konkret:

- Projektbezogene Finanzierung statt Dauerförderung,
- Bündelung bestehender Mittel aus Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftsförderung,
- Kooperation mit privaten Akteuren, um zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren.

Einsatz zur Schaffung einer zuständigen Stelle für das Thema Nachhaltige Ernährung in der Stadt Frankfurt am Main zu u.a. der Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie.

Fragen:

1. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die zuständigen Dezernate und Ämter die gemeinsamen Ziele rund um das Thema gesunde und nachhaltige Ernährung koordiniert verfolgen?
2. Setzen Sie sich beispielsweise für eine zentrale zuständige Stelle für das Querschnittsthema "Nachhaltige Ernährung" in der Stadt Frankfurt am Main ein, die u.a. für eine kommunale Ernährungsstrategie und als Anlaufstelle für Anliegen der Bürgerschaft, der Vereine, Verbände und sonstigen privaten und öffentlichen Initiativen/Anfragen zuständig ist?

1. Die FDP Frankfurt sieht beim Querschnittsthema Ernährung vor allem ein Koordinations- und Effizienzproblem, kein Erkenntnisdefizit. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Strukturen besser zusammenarbeiten, statt neue Parallelstrukturen aufzubauen. Konkret wollen wir:

- Klare Zuständigkeiten und Zieldefinitionen zwischen den beteiligten Dezernaten (u. a. Bildung, Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft) festlegen.
- Regelmäßige ressortübergreifende Abstimmung zu Projekten und Maßnahmen im Bereich gesunde und nachhaltige Ernährung.
- Projektbezogene Steuerung mit messbaren Zielen, statt unverbindlicher Leitbilder.
- Transparente Berichterstattung über Fortschritte, um Doppelstrukturen und Zielkonflikte frühzeitig zu erkennen.

2. Nein. Die FDP Frankfurt steht der Einrichtung einer neuen zentralen Stelle grundsätzlich skeptisch gegenüber. Stattdessen befürworten wir:

- Eine klar benannte koordinierende Funktion innerhalb der bestehenden Verwaltung.
- Fokus auf Vernetzung, Transparenz und Beratung, nicht auf Steuerung oder Vorgaben.
- Eine zentrale, digitale Anlaufstelle, die Informationen bündelt und Anfragen aus Bürgerschaft, Wirtschaft, Vereinen und Initiativen effizient weiterleitet.
- Zeitliche Befristung und regelmäßige Evaluation, um Nutzen und Mehrwert dieser Koordinierung objektiv zu überprüfen.

Fragen:

1. Wie wollen Sie fruchtbare Ackerflächen in und um Frankfurt vor Versiegelung und zur Lebensmittelerversorgung, als Frischluftschneise, Wasserfilter, Klimagasspeicher und Bio-diversitätsnische für zukünftige Generationen sichern?
2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Umstellung auf den Ökolandbau auf städtischen und auf anderen Landwirtschaftsflächen in Frankfurt zu begünstigen?
3. Setzen Sie sich beispielsweise für die Bevorzugung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus dem Stadtgebiet oder umliegendem Umland, z.B. in öffentlichen Kantinen oder der privaten Gastronomie, ein?
4. Wie genau sieht Ihr Einsatz dazu aus?

1. Um Frankfurts Ackerflächen zu sichern, ohne den städtischen Wohnungsbedarf außer Acht zu lassen schlagen wir vor:

- Brachflächen- und Nachverdichtungsstrategien priorisieren, um neue Versiegelung möglichst zu vermeiden.
- Integration von Landwirtschaft in städtische Entwicklungsplanung, z. B. als Frischluftschneisen, Biodiversitätsflächen oder Grünflächen für Naherholung.
- Kooperation mit privaten Eigentümern und Landwirten, um Flächen als Ackerflächen, Naturräume und Wasserfilter langfristig nutzbar zu halten.
- Berücksichtigung ökologischer Funktionen bei Bebauungs- und Flächenentscheidungen, ohne die wirtschaftliche Nutzbarkeit gänzlich zu verbieten.

2. Mögliche Maßnahmen:

- Informations- und Beratungsangebote für Landwirte zur Umstellung auf Ökolandbau.
- Förderung regionaler Vermarktungskonzepte, z. B. für Direktvermarktung, Wochenmärkte oder Kooperationen mit Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung.

3. Die FDP Frankfurt unterstützt ökologische Erzeuger, lehnt eine pauschale Bevorzugung aber ab.

- Freiwilligkeit und Wettbewerb: Öffentliche Ausschreibungen und Gastronomieangebote können Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen, dürfen aber kleinere Anbieter nicht ausschließen.
- Regionale Sichtbarkeit fördern: Kommunale Kantinen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sollen Produkte aus der Region stärker sichtbar machen.

4. Wir stellen uns folgendes vor:

- Pragmatische Integration regionaler Bio-Produkte in öffentliche Vergaben, z. B. durch qualitative Zuschlagskriterien.
- Förderung von Kooperationsnetzwerken zwischen Landwirten, Gastronomie und städtischer Verpflegung.
- Pilotprojekte in Schulen, Kitas und Kliniken, um Nachfrage, Logistik und Wirtschaftlichkeit zu testen.
- Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher, etwa durch Kennzeichnung, damit regionale und ökologische Produkte nachgefragt werden.

Angebot von bio-regionalen Lebensmitteln auf den Frankfurter Wochenmärkten

Fragen:

1. Mit welchen Maßnahmen will die Stadt erreichen, dass Bürger:innen vermehrt bioregionale Lebensmittel auf den Wochenmärkten finden können und einkaufen?
2. Ist eine Subventionierung der Stände für bio-regionale Erzeuger:innen geplant und wenn ja, in welchem Rahmen?

1. Die FDP Frankfurt setzt auf Anreize, Transparenz und Sichtbarkeit statt auf Subventionen oder Pflichtquote. Konkret:

- Gezielte Informations- und Werbemaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger, z. B. Kampagnen zu Herkunft, Qualität und Saisonangeboten.
- Verbesserung der Marktinfrastuktur, z. B. durch attraktive Standplätze, klare Beschilderung und logistische Unterstützung für Erzeuger.

2. Eine Subventionierung von Ständen lehnen wir ab. Möglich sind jedoch:

- Beratungs- und Unterstützungsangebote (Logistik, Marketing, Digitalpräsenz), die Erzeugerinnen und Erzeuger stärken, ohne den Markt zu verzerren.
- Kooperationsprojekte mit Verbänden und Initiativen, um die Sichtbarkeit bioregionaler Angebote zu erhöhen, ohne direkte finanzielle Subventionen.

Etablierung eines House of Food als Umschlagsplatz durch den Ernährungsrat Frankfurt.

Fragen:

1. Wie will Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode die Etablierung und langfristige Förderung des House of Food Frankfurt unterstützen – etwa durch die Bereitstellung einer Immobilie oder die strukturelle Einbindung in die städtische Ernährungs- und Nachhaltigkeitspolitik?
2. In welcher Weise soll die Stadt Frankfurt, aus Ihrer Meinung nach in Zukunft unterstützen?

1. Die FDP Frankfurt unterstützt innovative Projekte, wenn sie marktfähig, praxisnah und innovationsorientiert sind. Eine städtische Subvention sollen diese aber nicht benötigen.

2. Die FDP Frankfurt setzt auf Koordination, Sichtbarkeit und Vernetzung, statt auf dauerhaftes finanzielles Engagement:

- Förderung von Kooperationen mit Schulen, Kitas, Gastronomie und Forschungseinrichtungen, um Wissenstransfer und Praxisrelevanz sicherzustellen.
- Kommunikations- und Marketingunterstützung, z. B. durch städtische Veranstaltungen, digitale Sichtbarkeit und Netzwerkplattformen.
- Einbindung in Pilotprojekte, etwa zu regionaler, nachhaltiger Ernährung, Digitalisierung oder Innovationsentwicklungen in der Lebensmittelwirtschaft.

Maßnahmen zur Förderung von gemeinnützigen kommunalen Stadtteilküchen zur Stärkung der Ernährungssicherheit in Frankfurt.

Frage:

1. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Einrichtung kommunaler Stadtteilküchen (in Berlin z.B. "Lebensmittelpunkte" mit weit größerem Angebot) ermöglichen und bereits bestehende, meist ehrenamtlich getragene Angebote zuverlässig fördern?

Die FDP Frankfurt unterstützt die Einrichtung und Stärkung kommunaler Stadtteilküchen, wenn sie auf Eigeninitiative, Effizienz und nachhaltige Strukturen setzen. Die Stadt kann unterstützend tätig werden durch beispielsweise:

- Prüfung geeigneter Standorte in städtischen Quartieren, die eine gute Erreichbarkeit und logistische Umsetzbarkeit bieten.
- Projektbezogene Förderung bestehender ehrenamtlicher Angebote, z. B. durch Zuschüsse für Infrastruktur, Geräte oder Ausbildung von Ehrenamtlichen, ohne langfristige finanzielle Abhängigkeit zu erzeugen.
- Koordination und Vernetzung der bestehenden Initiativen, damit Erfahrungsaustausch, Know-how und Lieferketten effizient genutzt werden können.
- Partnerschaften mit lokalen Akteuren, wie Vereinen, Gastronomie, Bildungseinrichtungen oder sozialen Trägern, um die Angebote tragfähig zu machen und die Versorgungssicherheit zu erhöhen.
- Pilotprojekte zur Prüfung verschiedener Betriebsmodelle und Nutzungskonzepte, um Best Practices zu entwickeln, bevor größere Strukturen geschaffen werden.